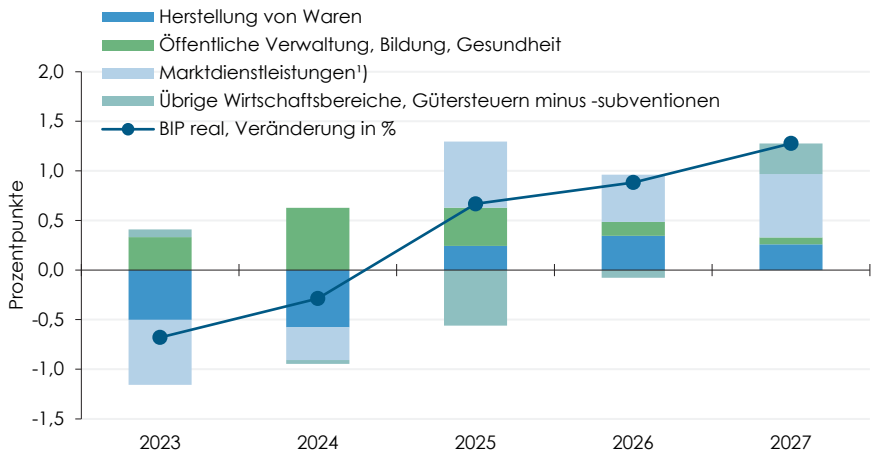
Industrie trägt die Erholung, Energiepreise dämpfen die Kaufkraft

Prognose für 2026 und 2027

Christian Glocker, Stefan Ederer

- Nach +0,7% im Vorjahr dürfte das reale BIP 2026 um 0,9% und 2027 um 1,3% wachsen; die Erholung setzt sich damit trotz des neuerlichen Energiepreisschubs fort.
- Wachstumsträger ist 2026 die Industrie, die von der Belebung der Auslandsnachfrage profitiert und den Bereich öffentliche Verwaltung, Bildung und Gesundheit in dieser Rolle ablöst.
- Der Krieg im Nahen Osten hat fossile Energieträger abermals verteuert; die Verbraucherpreise steigen daher auch 2026 deutlich (+3,3%; 2027 +2,6%).
- Da die Nominallohnsteigerungen hinter der Inflation (gemäß VPI) zurückbleiben, sinken 2026 die Reallöhne; den schwachen Konsum stützt ein Rückgang der Sparquote.
- Die Wirtschaftspolitik wirkt konjunkturdämpfend: Die EZB strafft ihre Geldpolitik und der Staatshaushalt wird konsolidiert; die makroprudenzielle Politik ist tendenziell neutral ausgerichtet.

Wachstumsbeiträge der Wirtschaftsbereiche zum realen BIP



"2026 löst die Industrie den öffentlichen Bereich als Wachstumsträger ab; die weitere Entwicklung der Industriewertschöpfung ist allerdings von der Auslandsnachfrage und den Energiepreisen abhängig."

In den Jahren 2023 bis 2025 stützte der öffentliche Bereich die Wirtschaftsleistung, während die Industrie 2023 und 2024 schrumpfte. 2026 kehrt sich dieses Muster um: Die Industrie liefert den größten Wachstumsbeitrag, jener des öffentlichen Bereiches sinkt auf gut ein Drittel des Vorjahreswertes (Q: WIFO; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2026 und 2027: Prognose. – ¹) ÖNACE 2008, Abschnitte G bis N).

Industrie trägt die Erholung, Energiepreise dämpfen die Kaufkraft

Prognose für 2026 und 2027

Christian Glocker, Stefan Ederer

Industrie trägt die Erholung, Energiepreise dämpfen die Kaufkraft. Prognose für 2026 und 2027

Die österreichische Wirtschaft befindet sich auf einem zaghaften Erholungskurs und dürfte trotz des neuerlichen Energiepreisschubs nicht davon abgebracht werden. Das WIFO erwartet für 2026 ein BIP-Wachstum von 0,9%. 2027 beträgt es voraussichtlich 1,3%. Im Prognosezeitraum löst die Industrie den öffentlichen Bereich als Wachstumsträger ab, während die private Konsumnachfrage aufgrund sinkender Reallöhne und anhaltend hoher Unsicherheit schwach bleiben wird.

Industry Drives the Recovery, Energy Prices Dampen Purchasing Power. Economic Outlook for 2026 and 2027

The Austrian economy is on a tentative path to recovery and is unlikely to be derailed by the renewed surge in energy prices. WIFO forecasts GDP growth of 0.9 percent for 2026. In 2027, it is expected to reach 1.3 percent. Over the forecast period, industry will replace the public sector as the main driver of growth, while private consumer demand will remain weak due to falling real wages and persistently high uncertainty.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturprognose

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter:innen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/2024/01/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf. • Bei der Erstellung der Abbildung 3 und der sprachlichen Überarbeitung der Rohfassung dieses Beitrags wurde Claude Opus 5.5 unterstützend eingesetzt. Die inhaltliche Prüfung und die Verantwortung für den veröffentlichten Text liegen bei den Autor:innen.

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 12. 10. 2026

Kontakt: Christian Glocker (christian.glocker@wifo.ac.at), Stefan Ederer (stefan.ederer@wifo.ac.at)

1. Einleitung

Die österreichische Wirtschaft befindet sich nach der langen Schwächephase der Jahre 2023 und 2024 in einer zaghaften Erholung, deren Charakter sich im laufenden Jahr grundlegend verändert. Bis 2025 wurde das Wachstum zu einem wesentlichen Teil vom Bereich öffentliche Verwaltung, Bildung und Gesundheit getragen, dessen Beitrag nunmehr deutlich zurückgeht. An seine Stelle tritt die Industrie (Herstellung von Waren, ÖNACE 2008, Abschnitt C), die von einer spürbaren Belebung der Auslandsnachfrage profitiert. Zugleich belastet ein neuerlicher Angebotsschock das Umfeld: Der Krieg im Nahen Osten und die anhaltende Blockade der Straße von Hormus haben die Preise für Rohöl, Erdgas und Strom kräftig steigen lassen. Anders als 2022 trifft dieser Schock die heimische Wirtschaft in einer Phase ohnehin schwacher Kaufkraft und restriktiv ausgerichteter Wirtschaftspolitik.

Für 2026 erwartet das WIFO ein Wachstum der Wirtschaftsleistung von 0,9%. Getragen wird es von den Exporten (+2,3%), die sich mit der Industriekonjunktur auf den wichtigsten Absatzmärkten beleben. Über Produktion und Einkommen überträgt sich dieser Impuls erst allmählich auf die Inlandsnachfrage: Der private Konsum wächst weiterhin schwach (+0,4%), weil die Reallöhne sinken und die gestiegene Unsicherheit die Ausgabenbereitschaft der Haushalte dämpft.

2027 dürfte sich das Wirtschaftswachstum auf 1,3% beschleunigen, da dann der außenwirtschaftliche Impuls deutlicher auf die Binnennachfrage durchschlagen sollte: Die Bauinvestitionen werden 2027 erstmals seit fünf Jahren wieder zulegen, die Ausrüstungsinvestitionen weiter expandieren, und die Bruttoreallöhne pro Kopf wieder leicht steigen. Die Straffung der Geldpolitik und die fortgesetzte fiskalische Konsolidierung dämpfen die Dynamik allerdings über den gesamten Prognosezeitraum.

Im Inland produzierte Güter und Dienstleistungen verteuern sich 2026 um 2,2% und 2027 um 2,4% (2025 +3,0%). Der BIP-Deflator unterzeichnet damit den Preisauftrieb, dem die privaten Haushalte gegenüberstehen, denn die Verteuerung importierter Energieträger erhöht zwar die Verbraucherpreise,

nicht aber den Preis der heimischen Wertschöpfung. Die Verbraucherpreise steigen 2026 um 3,3% und 2027 um 2,6% (2025 +3,6%). Mit der unterstellten Entspannung auf den Energiemärkten lässt der Preisauftrieb gegen Ende des Prognosezeitraumes nach.

Der Arbeitsmarkt reagiert mit Verzögerung auf die Konjunkturbelebung. Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten steigt 2026 um 0,5% und 2027 um 0,7%. Da das Arbeitskräfteangebot vor allem durch Zuwanderung weiter zunimmt, erhöht sich die Arbeitslosenquote (nach nationaler Definition) 2026 auf 7,6% und sinkt erst im Folgejahr auf 7,3%.

Übersicht 1: **Hauptergebnisse der Prognose**

		2022	2023	2024	2025	2026	2027
		Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bruttoinlandsprodukt, real		+ 5,5	– 0,7	– 0,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,3
Herstellung von Waren		+ 9,4	– 3,0	– 3,7	+ 1,6	+ 2,3	+ 1,7
Handel		+ 0,9	– 6,6	– 4,2	+ 1,9	± 0,0	+ 1,0
Private Konsumausgaben[1]), real		+ 6,1	– 0,1	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5
Dauerhafte Konsumgüter[2])		– 2,5	– 5,0	+ 1,5	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,5
Bruttoanlageinvestitionen, real		– 0,1	– 1,7	– 2,4	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,7
Ausrüstungen[3])		+ 1,6	+ 3,0	+ 1,2	+ 4,8	+ 1,9	+ 2,2
Bauten		– 1,9	– 6,6	– 6,6	– 2,9	– 0,6	+ 1,0
Exporte, real		+ 9,4	– 0,4	– 1,9	+ 1,3	+ 2,3	+ 1,7
Warenexporte, fob		+ 5,6	– 0,6	– 3,8	+ 0,6	+ 2,4	+ 1,6
Importe, real		+ 7,8	– 4,2	– 2,5	+ 2,8	+ 1,6	+ 1,7
Warenimporte, fob		+ 4,1	– 6,6	– 4,8	+ 2,9	+ 1,6	+ 1,4
Bruttoinlandsprodukt, nominell		+ 10,6	+ 6,8	+ 4,2	+ 3,6	+ 3,1	+ 3,7
	Mrd. €	449,38	479,91	499,95	518,20	534,08	553,64
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP	– 1,5	1,5	2,8	2,5	2,3	2,0
Verbraucherpreise		+ 8,6	+ 7,8	+ 2,9	+ 3,6	+ 3,3	+ 2,6
BIP-Deflator		+ 4,9	+ 7,5	+ 4,5	+ 3,0	+ 2,2	+ 2,4
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	– 3,4	– 2,6	– 4,6	– 4,1	– 4,0	– 3,8
Unselbständig aktiv Beschäftigte[4])		+ 3,0	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,7
Arbeitslosenquote (nach nationaler Definition)							
In % der unselbständigen Erwerbspersonen		6,3	6,4	7,0	7,4	7,6	7,3
Realwert des BIP pro Kopf[5])		+ 1,5	– 1,3	+ 0,0	+ 0,8	– 0,1	+ 0,8
Armutsgefährdungsquote[6])	in %	14,9	14,3	15,9	15,8	15,7	15,8
Einkommensquintilsverhältnis[6])	Verhältniszahl	4,3	4,3	4,2	4,3	4,3	4,2
Treibhausgasemissionen[7])		– 5,9	– 6,6	– 3,0	+ 0,7	– 0,6	– 3,1
	Mio. t CO_2-Äquivalent	73,51	68,67	66,64	67,09	66,67	64,60

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, Umweltbundesamt. 2026 und 2027: Prognose. – [1]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – [2]) WIFO-Berechnung anhand der Anteile der dauerhaften Konsumgüter nach dem Inlandskonzept. – [3]) Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen. – [4]) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – [5]) Nominelles BIP deflationiert mit dem impliziten Preisindex der inländischen Verwendung. – [6]) Eurostat-Definition (siehe Glossar zur WIFO-Konjunkturberichterstattung), dem Einkommensreferenzjahr zugeordnet, ab 2025 Prognose. – [7]) 2025: Schätzung Umweltbundesamt, ab 2026: Prognose.

2. Die Ausgangslage

Die Ende September 2026 vorgelegte Jahresrechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) von Statistik Austria zeichnet ein günstigeres Bild der Vorjahre als bisherige Datenlieferungen: Die Rezession fiel 2024 mit –0,3% weit milder aus als zuvor ausgewiesen (–0,7%), 2025 wuchs das BIP um 0,7%. Die Industrie überwand 2025 ihre zweijährige Rezession (+1,6% nach –3,7%), begleitet von einer kräftigen Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen (+7,9%). Die Bauwirtschaft schrumpfte dagegen abermals, die Bauinvestitionen sanken um 2,9%. Maßgeblich gestützt wurde die Wirtschaftsleistung seit 2023 vom Bereich öffentliche Verwaltung, Bildung, Gesundheit (siehe Kasten "Der öffentliche Bereich als Wachstumsträger – und was 2026 davon bleibt"). Die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sanken 2025 um 1,6%; dass der private Konsum dennoch leicht expandierte (+0,5%), lag am Rückgang der Sparquote von 11,5% auf 9,7%. Die Exporte nahmen um 1,3% zu, die Importe infolge der regen Investitionstätigkeit um 2,8%, sodass der Außenhandel das Wachstum rechnerisch dämpfte.

Nach überdurchschnittlichen Reallohnzuwächsen im Jahr 2024 (+4,2%) stagnierten die Bruttoreallöhne pro Kopf im darauffolgenden Jahr. Die bereinigte Lohnquote stieg 2025 dennoch auf 65,3%, da die

Bruttobetriebsüberschüsse und Selbständigeneinkommen infolge der schwachen Ertragslage vieler Betriebe hinter den Arbeitseinkommen zurückblieben. Die Inflation (gemäß VPI) beschleunigte sich auf 3,6% (2024 +2,9%). Ausschlaggebend waren das Auslaufen der Energiehilfen, die Anhebung von Abgaben und Gebühren sowie der anhaltend kräftige Preisauftrieb bei Dienstleistungen. Der BIP-Deflator stieg um 3,0% (2024 +4,5%) und damit schwächer als die Verbraucherpreise.

Auf dem Arbeitsmarkt hinterließ die Konjunkturflaute deutliche Spuren. Die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten nahm 2025 lediglich um 0,2% zu; der Zuwachs entfiel zur Gänze auf ausländische Arbeitskräfte (+26.800), während die Beschäftigung von Inländer:innen um 19.800 schrumpfte. Die Arbeitslosenquote erreichte 7,4% (2024: 7,0%).

3. Die Rahmenbedingungen der Prognose

Die vorliegende Prognose stützt sich in den Annahmen über die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik sowie über die Entwicklung der Weltwirtschaft, der Wechselkurse, der Rohstoffpreise und der Zinssätze auf den Informationsstand von Mitte bis Ende September 2026. Der Prognosezeitraum reicht vom III. Quartal 2026 bis zum IV. Quartal 2027.

3.1 Rahmenbedingungen der internationalen Konjunktur

Der Krieg im Nahen Osten hält die Energiepreise hoch. Die Industriekonjunktur auf den Exportmärkten belebt sich dennoch spürbar.

Die internationalen Rahmenbedingungen werden seit dem Frühjahr 2026 von geopolitischen Verwerfungen infolge des Angriffskrieges Israels und der USA im Nahen Osten bestimmt. Der Schiffsverkehr in der Region ist daher stark eingeschränkt; nach einer neuerlichen Eskalation notierte der Preis für Rohöl der Sorte Brent ab der zweiten Septemberwoche wieder über 100 $ je Barrel. Die vorliegende Prognose unterstellt für 2026 einen Rohölpreis von durchschnittlich 94 $ je Barrel (Brent); für 2027 wird im Zuge einer allmählichen Entspannung auf den Energiemärkten ein Rückgang auf 85 $ angenommen. Erdgas bleibt dagegen in beiden Prognosejahren teuer (Dutch TTF: 58 € bzw. 62 € je MWh). Der Großhandelspreis für Strom (Grundlast) in Österreich dürfte in beiden Jahren bei rund 140 € je MWh liegen; preistreibend wirkt auch die geringe Stromerzeugung aus Wasserkraft infolge der Dürre. Für den Wechselkurs werden 1,16 $ (2026) bzw. 1,17 $ je Euro (2027) unterstellt.

Angesichts des energiebedingt beschleunigten Preisauftriebs hat die EZB die Lockerung ihrer Geldpolitik beendet und die Leitzinssätze wieder angehoben.

Die Industriekonjunktur hat sich trotz des Energiepreisschubs international belebt. Im Euro-Raum zogen die Einkaufsmanagerindizes für die Sachgütererzeugung im Sommer spürbar an; in Deutschland erreichte der Index im August 2026 den höchsten Wert seit über vier Jahren, und das ifo-Geschäftsklima verbesserte sich im September zum fünften Mal in Folge. Die deutsche Wirtschaft profitiert vom schuldenfinanzierten Investitionsprogramm in Infrastruktur und Verteidigung; Deutschlands BIP dürfte 2026 um 1,3% und 2027 um 1,2% wachsen. Für den Euro-Raum insgesamt erwartet das WIFO in beiden Jahren +1,1%, für die USA +2,1% bzw. +2,2%. In China schwächt sich das Wachstum auf 4,5% bzw. 4,2% ab: Die Immobilienkrise dämpft dort die Binnennachfrage, während die kräftige Ausweitung der chinesischen Exporte den Wettbewerbsdruck auf dem Weltmarkt erhöht. Die Handelspolitik der USA bleibt ein Unsicherheitsfaktor, hat aber an Brisanz verloren, da die Zollsätze auf die meisten Importe aus der EU auf 15% begrenzt sind.

Insgesamt wachsen die für Österreich relevanten Exportmärkte 2026 um 3,6%; 2027 dürfte sich das Marktwachstum auf 1,4% abschwächen, da die Impulse aus den Vorzieheffekten der Anhebung der Zollsätze in den USA und der Lagerbildung auslaufen. Ein Teil der rezenten Auftragszuwächse in der Industrie dürfte allerdings auf Vorsorgekäufe zurückgehen, mit denen sich Unternehmen gegen weitere Lieferengpässe und Preissteigerungen abzusichern versuchen.

3.2 Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

Die vorliegende Prognose berücksichtigt alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die bereits verabschiedet oder hinreichend spezifiziert wurden und deren Umsetzung somit als wahrscheinlich eingestuft wird.

3.2.1 Geldpolitik

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat im laufenden Jahr ihren geldpolitischen Kurs geändert: Nach einer Anhebung im Juni 2026 – der ersten seit 2023 – erhöhte sie die Leitzinssätze im September um weitere 25 Basispunkte; der Hauptrefinanzierungssatz beträgt seither 2,65%. Die Projektionen der EZB vom September erwarten für den Euro-Raum eine Inflation von 3,0% im Jahr 2026 und von 2,5% 2027; damit wird der Zielwert von 2% über den gesamten Prognosezeitraum überschritten. Der Abbau der Anleihebestände aus den beiden Ankaufprogrammen (Asset Purchase Programme – APP und Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) setzt sich fort. Das WIFO unterstellt einen weiteren Zinsschritt im Dezember 2026 und eine schrittweise Straffung im Jahr 2027. Im Jahresdurchschnitt steigt der Hauptrefinanzierungssatz damit von 2,4% (2026) auf 3,2% (2027), der Dreimonatszinssatz von 2,5% auf 3,3%.

Übersicht 2: **Internationale Konjunktur**

	Gewicht 2025 in %		2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Waren-exporte[1])	Welt-BIP[2])	BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %					
EU 27	67,8	14,0	+ 3,6	+ 0,4	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,3
Euro-Raum	53,0	11,4	+ 3,7	+ 0,4	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1
Deutschland	29,5	2,9	+ 1,9	– 1,0	± 0,0	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,2
Italien	6,6	1,8	+ 4,9	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,2
Frankreich	3,5	2,2	+ 2,7	+ 1,6	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,6
Spanien	1,7	1,3	+ 6,4	+ 2,4	+ 3,7	+ 2,6	+ 2,7	+ 2,1
MOEL 5[3])	15,5	1,7	+ 4,2	+ 0,3	+ 2,4	+ 2,8	+ 2,7	+ 2,2
Polen	3,8	1,0	+ 5,3	+ 0,2	+ 3,2	+ 3,6	+ 3,4	+ 2,7
Tschechien	3,8	0,3	+ 2,8	+ 0,0	+ 1,3	+ 2,6	+ 1,8	+ 1,5
Ungarn	3,7	0,2	+ 4,2	– 0,8	+ 0,7	+ 0,5	+ 1,9	+ 2,0
USA	6,8	14,6	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,2
Schweiz	5,5	0,4	+ 3,5	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,0
Vereinigtes Königreich	2,8	2,2	+ 5,0	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,5
China	2,7	19,6	+ 3,0	+ 5,2	+ 5,0	+ 4,9	+ 4,5	+ 4,2
Insgesamt								
Kaufkraftgewichtet[4])		51	+ 3,1	+ 3,0	+ 3,3	+ 3,1	+ 2,7	+ 2,6
Exportgewichtet[5])	85		+ 3,1	+ 0,6	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,4
Marktwachstum Österreich[6])			+ 5,7	– 3,2	+ 0,5	+ 3,8	+ 3,6	+ 1,4
Annahmen zur Prognose								
Rohölpreis								
Brent, $ je Barrel			98,9	82,2	79,8	68,2	94	85
Erdgaspreis								
Dutch TTF, € je MWh			135,0	42,2	34,5	36,7	58	62
Strompreis Österreich								
Base, € je MWh			261,6	102,2	82,1	99,2	140	140
Peak, € je MWh			275,5	103,9	81,4	92,1	138	148
Wechselkurs								
Dollar je Euro			1,054	1,082	1,082	1,129	1,16	1,17
Internationale Zinssätze								
EZB-Hauptrefinanzierungssatz[7]), in %			0,6	3,8	4,1	2,4	2,4	3,2
Sekundärmarktrendite Deutschland, in %			1,1	2,4	2,3	2,6	3,2	4,3

Q: WIFO, Bureau of Economic Analysis, European Energy Exchange, Eurostat, EZB, HWWI, ICE, OECD, OeNB, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – [1]) Österreichische Warenexporte. – [2]) Kaufkraftgewichtet. – [3]) Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – [4]) EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten 2024. – [5]) EU-Länder, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen 2024. – [6]) Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer, gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – [7]) Fixzinssatz.

Die Straffung der Geldpolitik überträgt sich auch auf die langfristigen Zinssätze (siehe Kasten "Warum die langfristigen Zinssätze steigen"). Die Rendite zehnjähriger österreichischer Staatsanleihen dürfte von 3,0% (2025) auf 3,5% (2026) und weiter auf 4,5% (2027) zulegen; der Renditeabstand zu deutschen Bundesanleihen halbiert sich von rund 0,4 Prozentpunkten (2025) bis 2027 auf 0,2 Prozentpunkte. Höhere Finanzierungskosten dämpfen im Prognosezeitraum die Investitionen und die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern. Überdies werden die Banken an ihrer restriktiven Kreditvergabe festhalten.

3.2.2 Makroprudenzielle Politik

Das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) stellte in seiner Sitzung vom 14. September 2026 fest, dass die systemischen Risiken seit der Einführung des Systemrisikopuffers gesunken sind. Insbesondere das Klumpenrisiko aus dem Engagement heimischer Banken in Mittel-, Ost- und Südosteuropa hat sich u. a. infolge besserer Länderbonitäten deutlich verringert. Das FMSG empfahl der Finanzmarktaufsicht daher, die entsprechende Komponente des Systemrisikopuffers in zwei Schritten auf 0% zu senken und jene für die systemische Verwundbarkeit bei 0,75% zu belassen. Der antizyklische Kapitalpuffer bleibt bei 0% der risikogewichteten Aktiva, da im II. Quartal 2026 nur 3 von 16 Indikatoren erhöhte Risiken signalisierten. Offen bleiben aus Sicht des FMSG die Tragfähigkeit der jüngsten Übernahmen durch heimische Banken und die Risikovorsorge für notleidende Kredite. Bei Gewerbeimmobilien ist die Quote notleidender Kredite weiterhin hoch (8,3%, Juni 2026); diesem Risiko versucht man durch eine Anhebung der sektoralen Kapitalpuffer zu begegnen.

Das FMSG empfiehlt eine Senkung des Systemrisikopuffers; der antizyklische Kapitalpuffer bleibt bei 0%.

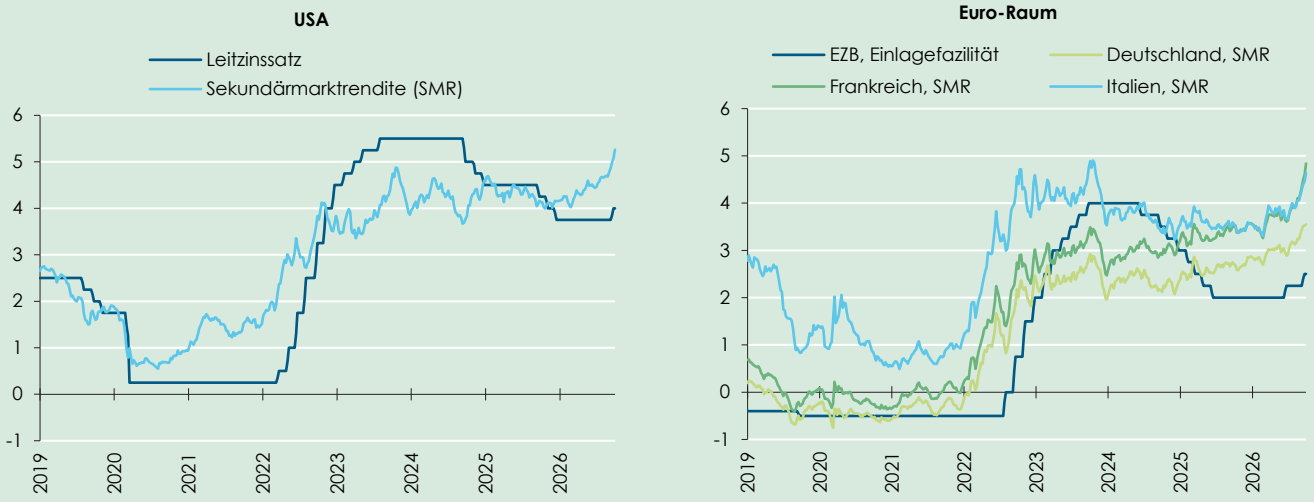
Die Kreditvergabe für Wohnbauzwecke hat seit dem Auslaufen der KIM-Verordnung Mitte 2025 deutlich angezogen: Das Neugeschäft lag mit rund 18 Mrd. € um 20% über dem Vorjahreswert, der Bestand an Wohnbaukrediten war zuletzt um 2,2% höher (August 2026). Der Anteil der Neukredite außerhalb der FMSG-Vergabekriterien blieb unter 20%. Real schrumpft der Kreditbestand allerdings noch leicht, und die Bauleistung hat auf die Kreditwende bislang nicht reagiert. Insgesamt ist die makroprudenzielle Politik im Prognosezeitraum tendenziell neutral ausgerichtet.

Warum die langfristigen Zinssätze steigen

Die Zinssätze auf langfristige Schuldtitel sind in den vergangenen Monaten in vielen Industrieländern merklich gestiegen. In den USA und im Euro-Raum liegen die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen nunmehr wieder über den kurzfristigen Geldmarktzinssätzen. Dies stellt den historischen Normalfall dar, da langfristige Schuldtitel üblicherweise höher verzinst werden als kurzfristige, hatte sich aber im Zuge der Leitzinssatzanhebungen ab Mitte 2022 umgekehrt, sodass die langfristigen Zinssätze in den Jahren 2023 und 2024 niedriger waren als die kurzfristigen. Grund für diese Invertierung der Zinsstrukturkurve war die Erwartung auf den Finanzmärkten, dass die Zinsanhebungen nur von kurzer Dauer sein würden. Daher war die schrittweise Leitzinssenkung ab dem Jahr 2024 in den langfristigen Zinssätzen bereits eingepreist.

Abbildung 1: **Kurz- und langfristige Zinssätze in den USA und im Euro-Raum**

In %



Q: Federal Reserve, U.S. Department of Treasury; Europäische Zentralbank (EZB); Macrobond. Letzter Datenpunkt: Kalenderwoche 40. SMR . . . Sekundärmarktrendite für 10-jährige Staatsanleihen (Benchmark).

Der 2026 beobachtete Anstieg der Renditen auf Staatsanleihen hat mehrere Gründe: Zum einen dürften die Anleger:innen mit weiteren Leitzinssenkungen gerechnet haben, insbesondere in den USA. Infolge des Energiepreisschocks senkte die dortige Zentralbank ihren Leitzins jedoch nicht, sondern hob ihn im September 2026 erstmals wieder an. Weitere Zinsschritte dürften folgen. Im Euro-Raum erfolgte der erste Zinsschritt nach oben bereits im Juni 2026, ein weiterer folgte im September. Dies wurde in die langfristigen Zinssätze eingepreist.

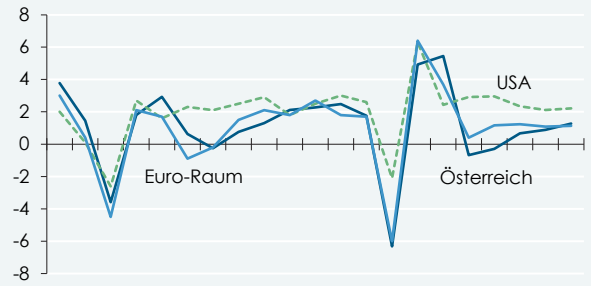
Ihr Anstieg dürfte allerdings auch dem Boom der Künstlichen Intelligenz (KI) zuzuschreiben sein. Die Aktienkurse in den USA sind seit dem Frühjahr 2025 deutlich gestiegen. Diese Aufwärtsbewegung ist Teil eines längerfristigen Trends, der bereits im Jahr 2022 eingesetzt hatte. Seither hat der KI-Einsatz beträchtlich zugenommen und die Anbieter sind in einen Wettlauf um die Entwicklung neuer Modelle und einen Ausbau der Rechenkapazitäten eingetreten. Dies schürte Erwartungen auf hohe Gewinne und beflügelte die Aktienmärkte, dämpfte jedoch die Nachfrage nach Staatsschuldtiteln, was für sich genommen die Zinssätze erhöhte.

Nicht zuletzt dürfte sich in manchen Ländern die Risikowahrnehmung verändert haben. So hat sich etwa der Zinsabstand französischer Staatsanleihen zu deutschen Bundesanleihen – ein Indikator für die Einschätzung des Zahlungsausfallrisikos durch die Anleger:innen – seit Mitte 2024 merklich vergrößert. Hingegen verkleinerte er sich für italienische Anleihen spürbar. Die Zinsdifferenziale zwischen den einzelnen Ländern des Euro-Raumes, und zwischen lang- und kurzfristigen Zinssätzen, sind allerdings deutlich geringer als in den Jahren 2009 bis 2012, dem Zeitraum der Euro-Krise. In den USA spielt die Höhe der Staatsverschuldung in der historischen Betrachtung nur eine untergeordnete Rolle für die Verzinsung der Staatsanleihen, der langfristige Zinssatz wird dort vor allem durch den Leitzins beeinflusst.

Abbildung 2: **Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik**

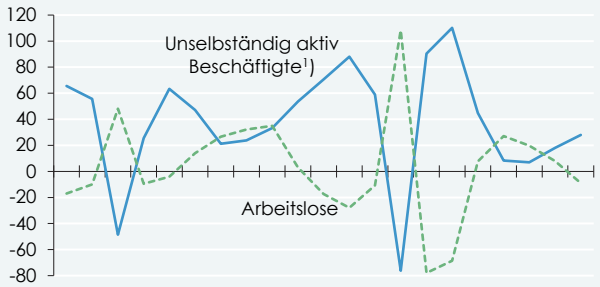
Wirtschaftswachstum

In %



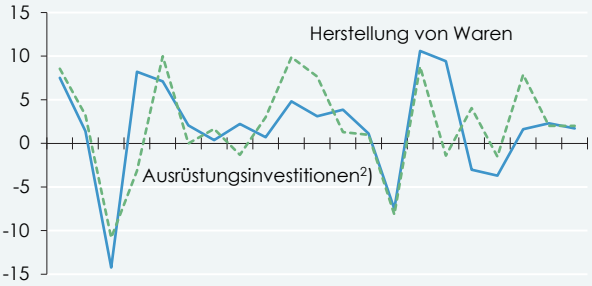
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



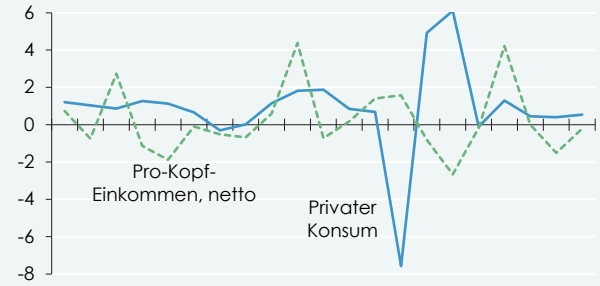
Produktion und Investitionen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



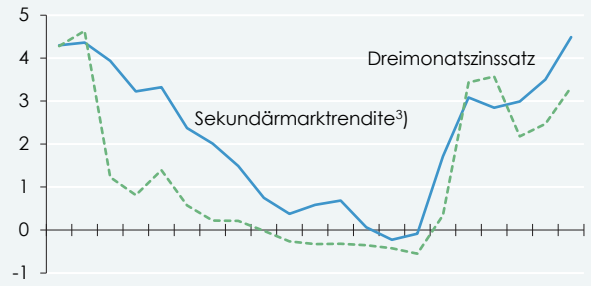
Konsum und Einkommen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



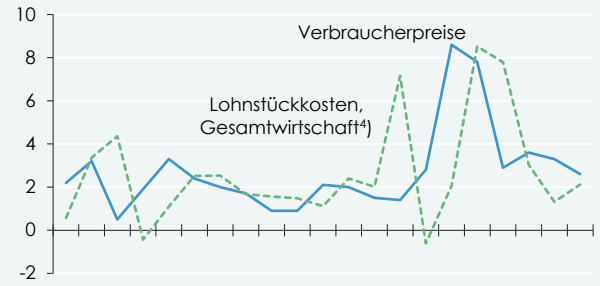
Kurz- und langfristige Zinssätze

In %



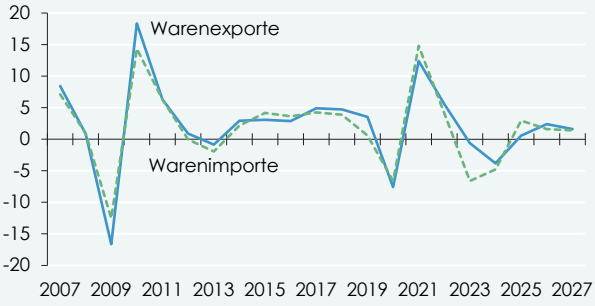
Preise und Lohnstückkosten

Veränderung gegen das Vorjahr in %



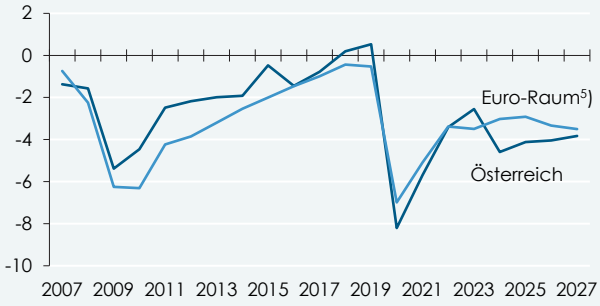
Außenhandel (laut Statistik Austria)

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Finanzierungssaldo des Staates

In % des BIP



Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Europäische Kommission, Eurostat, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – [1]) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – [2]) Einschließlich militärischer Waffensysteme. – [3]) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – [4]) Einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – [5]) Prognose: Europäische Kommission.

3.2.3 Fiskalpolitik

Die Budgetkonsolidierung setzt sich fort, das Defizit bleibt jedoch über der Maastricht-Obergrenze.

Seit Juli 2025 unterliegt Österreich einem EU-Verfahren wegen eines übermäßigen Defizites. Das mit dem Doppelbudget 2027/28 beschlossene Konsolidierungspaket ergänzt die Sparmaßnahmen des Doppelhaushaltes 2025/26 auf der Ausgabenseite, etwa bei Förderungen, Sachausgaben der Ressorts und Sozialleistungen, durch weitere Schritte, welche größtenteils erst 2027 ihre Wirkung entfalten werden. Die Pensionsanpassung blieb 2026 unter der rollierenden Inflation (gemäß VPI). Die Entlastung durch die Senkung des Dienstgeberbetrages zum Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) ab 2028 wird durch die Einführung eines progressiven Körperschaftsteuertarifs gegenfinanziert. Weitere einnahmenseitige Maßnahmen sind die Einführung einer Paketabgabe und die Erhöhung der Alkoholsteuer. Dem stehen weitere diskretionäre Maßnahmen gegenüber, die zwar die Teuerung abfedern sollen, aber das Budget belasten. Die Elektrizitätsabgabe wurde für 2026 befristet gesenkt, seit Juli 2026 gilt für Grundnahrungsmittel ein ermäßigter Mehrwertsteuersatz von 4,9% statt 10%, und die Spritpreisbremse verringert die Mineralölsteuer seit April 2026 abhängig von der aktuellen Preisentwicklung, im Oktober und November etwa vorübergehend um 6,7 Cent je Liter. Die Dürrehilfen für die Landwirtschaft belasten 2026 vor allem einnahmenseitig den Staatshaushalt; ab 2027 werden sich auch die Maßnahmen zur Attraktivierung der Arbeit im Alter negativ auf den Finanzierungssaldo auswirken.

Übersicht 3: **Fiskal- und geldpolitische Kennzahlen**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027
			In % des BIP			
Fiskalpolitik						
Finanzierungssaldo des Staates[1])	– 3,4	– 2,6	– 4,6	– 4,1	– 4,0	– 3,8
Primärsaldo des Staates	– 2,5	– 1,4	– 3,1	– 2,5	– 2,3	– 1,9
Staatseinnahmen	49,6	49,5	50,1	50,4	50,4	50,4
Staatsausgaben	53,0	52,1	54,6	54,6	54,4	54,2
Schuldenstand des Staates[1])	78,1	77,4	79,0	80,7	82,3	83,5
			In%			
Geldpolitik						
Dreimonatszinssatz	0,3	3,4	3,6	2,2	2,5	3,3
Sekundärmarktrendite[2])	1,7	3,1	2,8	3,0	3,5	4,5

Q: WIFO, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – [1]) Laut Maastricht-Definition. – [2]) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Erschwert wird die Konsolidierung zudem durch die stark steigenden Zinsausgaben. Mit der steigenden Sekundärmarktrendite erhöhen sich die Zinsausgaben im Prognosezeitraum von 1,6% auf 2% des BIP. Das gesamtstaatliche Defizit sinkt daher kaum: Es beträgt 2026 4,0% des BIP (2025 –4,1%) und geht 2027 auf 3,8% zurück; die Maastricht-Obergrenze von 3% wird somit im Prognosezeitraum nicht unterschritten. Die Schuldenquote steigt von 80,7% (2025) bis 2027 auf 83,5% des BIP. Der öffentliche Konsum wächst real nur noch um 1,1% bzw. 0,8%, nach 2,0% im Jahr 2025, und die Arbeitnehmerentgelte des Staates steigen ebenfalls schwächer als in den Vorjahren (2026 +2,3%, 2027 +1,6%). Die Konsolidierung trifft somit auch jenen Bereich, der die Konjunktur in den Vorjahren gestützt hatte.

4. Perspektiven der österreichischen Volkswirtschaft

Die Stimmung in der Industrie hellt sich weiter auf. Die Unsicherheit ist jedoch infolge der anhaltenden geopolitischen Spannungen hoch.

Vorlaufindikatoren deuten auf eine Fortsetzung der Konjunkturerholung in der zweiten Jahreshälfte 2026 hin. Laut WIFO-Konjunkturtest vom September verbesserten sich die unternehmerischen Erwartungen abermals, vor allem in der Sachgütererzeugung (–1,0 Punkte nach –6,5 Punkten im August). Die aktuellen Lagebeurteilungen gaben hingegen leicht nach, und der Anteil der Industrieunternehmen mit zumindest ausreichenden Auftragsbeständen sank von 60,9% auf 58,7% – wohl ein Spiegel der neuerlichen Eskalation im Nahen Osten Anfang September. In der Bauwirtschaft war die Stimmung zuletzt überdurchschnittlich, im Einzelhandel dagegen weiterhin getrübt. Ein besonders günstiges Bild für die Industrie zeichnete zuletzt der UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex: Er stieg im September auf 54,9 Punkte (August 54,4 Punkte) und erreichte damit den höchsten Wert seit dem Frühjahr 2022. Der Indikator der Neuaufträge notierte mit 55,3 Punkten auf dem günstigsten Niveau seit fünf Jahren, jener der Exportaufträge bei 53,6 Punkten. Auch die Erwartungen lagen mit 59,4 Punkten deutlich über dem langfristigen Durchschnitt.

Die Produktionshemmnisse haben sich verschoben: Laut WIFO-Konjunkturtest verlor der Mangel an Nachfrage etwas an Bedeutung, wenngleich er das wichtigste Hemmnis

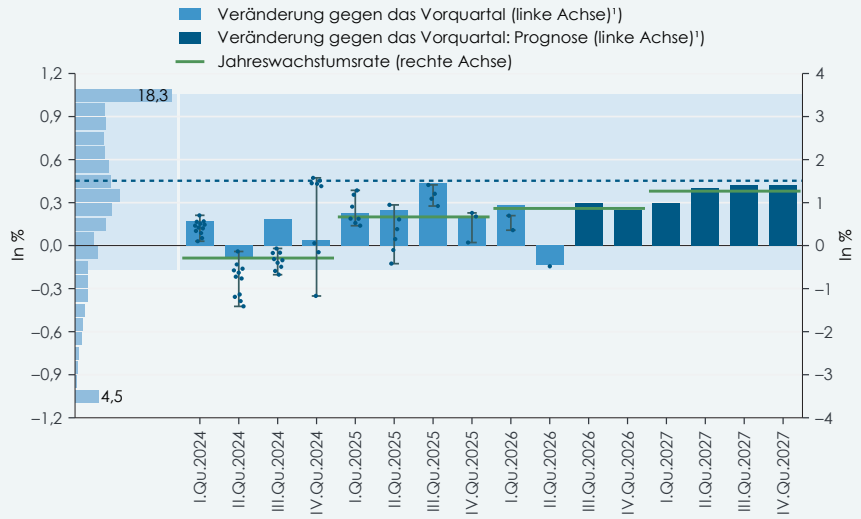
blieb, während die Unternehmen vermehrt Material- und Kapazitätsengpässe sowie den Mangel an Arbeitskräften beklagten. Zusammen mit den Einkaufspreisen, die laut dem UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex deutlich rascher steigen als die Verkaufspreise und so die Margen schmälern, ergibt das die Eigenschaft eines Angebotsschocks: Die Mengen sinken, die Preise steigen. Die unternehmerische Unsicherheit ist weiterhin hoch, und das Verbrauchervertrauen blieb im August mit –19,1 Punkten klar unter seinem langjährigen Durchschnitt und unter dem Wert im Euro-Raum (–16,5 Punkte).

4.1 Industrie löst öffentlichen Bereich als Wachstumsträger ab

Den VGR-Quartalsdaten zufolge verlor die Erholung der Wirtschaft im 1. Halbjahr 2026 an Schwung, im II. Quartal schrumpfte das BIP sogar gegenüber dem Vorquartal. Die Wertschöpfung der Industrie expandierte jedoch deutlich, und jene des Bauwesens stagnierte nach sechs Rückgängen in Folge.

Abbildung 3: **Konjunkturbild Österreich**

BIP, real



Q: WIFO. Die Fehlerindikatoren und Punkte zeigen die Bandbreite der bisherigen Revisionen der realisierten BIP-Veränderungsraten durch Statistik Austria. Da die Revisionen in der VGR erheblich sein können, eignen sich die aktuell realisierten Werte nur bedingt als Vergleichsmaßstab für die prognostizierten Zuwachsraten. Das Histogramm am linken Rand zeigt daher die Verteilung aller seit der Umstellung auf das ESVG 2010 im Jahr 2014 veröffentlichten Quartalswachstumsraten (1995 bis aktuelles Quartal) und setzt die WIFO-Prognose in den Kontext des langfristigen Medians (+0,5%, dunkelblau strichlierte Linie) und des 68%-Intervalls (schattierte Fläche). Die Randklassen sind offen, die beiden Werte weisen die Prozentanteile der auf die Randklassen entfallenden Wachstumsraten aus. – ¹) Saison- und kalenderbereinigt gemäß Eurostat.

Für das 2. Halbjahr 2026 erwartet das WIFO eine Wachstumsbeschleunigung. Da Statistik Austria die realisierten Wachstumsraten noch erheblich revidieren könnte (Abbildung 2), eignen sie sich nur bedingt als Vergleichsmaßstab für die im Prognosezeitraum erwarteten Zuwachsraten. Aussagekräftiger ist ein Vergleich mit der langfristigen Verteilung der Quartalswachstumsraten ab dem II. Quartal 1995 auf Grundlage aller VGR-Veröffentlichungen seit der Umstellung auf das ESVG 2010 im Jahr 2014, die das Histogramm am linken Rand von Abbildung 2 zeigt: Die erwarteten Zuwachsraten bleiben durchwegs unter dem historischen Median (rund +0,5%). Die aktuelle Entwicklung ist daher bestenfalls als Konjunkturerholung zu werten, nicht als Aufschwung. Getragen wird die Erholung von der Industrie, deren Wertschöpfung 2026 um 2,3% und 2027 um 1,7% zunimmt. Damit übernimmt die Industrie jene Rolle, die in den Jahren 2023 bis 2025 der öffentliche Bereich innehatte (siehe Kasten "Der öffentliche Bereich als Wachstumsträger – und was 2026 davon bleibt"). Die Marktdienstleistungen wachsen 2026 um 1,1% und 2027 um 1,4%, wobei Handel und Verkehr im laufenden Jahr stagnieren.

Das Quartalsmuster impliziert für 2026 einen Wachstumsüberhang aus dem Vorjahr von 0,4 Prozentpunkten und eine Jahresverlaufsrate von +0,7%, woraus sich eine Jahreswachstumsrate von 0,9% ergibt. 2027 ermöglichen ein ähnlich hoher Überhang und eine deutlich höhere Jahresverlaufsrate (+1,5%) ein BIP-Wachstum von 1,3%.

Da das für 2026 prognostizierte Wirtschaftswachstum nahe am Potenzialwachstum liegt, bleibt die durch die Rezession 2023/24 entstandene Produktionslücke vorerst nega-

tiv; sie dürfte sich erst 2027 etwas verkleinern, aber nicht schließen. Die Unterauslastung der Produktionsfaktoren dämpft somit weiterhin den Preisauftrieb im Inland.

Übersicht 4: **Entwicklung der Bruttowertschöpfung**

Zu Herstellungspreisen

	2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,43	4,48	4,43	4,48	+ 1,2	+ 1,1	– 1,0	+ 1,0
Herstellung von Waren einschließlich Bergbau	70,68	71,76	73,42	74,66	– 3,6	+ 1,5	+ 2,3	+ 1,7
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	11,47	9,64	9,16	9,43	+ 0,6	–16,0	– 5,0	+ 3,0
Bauwirtschaft	15,64	15,37	15,28	15,43	– 2,2	– 1,7	– 0,6	+ 1,0
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	38,37	39,10	39,10	39,49	– 4,2	+ 1,9	± 0,0	+ 1,0
Verkehr	19,49	19,62	19,62	19,82	– 2,1	+ 0,7	± 0,0	+ 1,0
Beherbergung und Gastronomie	10,84	10,92	10,98	11,10	– 1,1	+ 0,7	+ 0,6	+ 1,1
Information und Kommunikation	17,26	17,66	18,05	18,23	+ 5,1	+ 2,3	+ 2,2	+ 1,0
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	15,73	15,98	16,41	16,89	– 1,0	+ 1,6	+ 2,7	+ 2,9
Grundstücks- und Wohnungswesen	32,58	33,21	33,81	34,15	+ 2,1	+ 1,9	+ 1,8	+ 1,0
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen[1])	36,05	36,17	36,57	37,37	– 0,3	+ 0,3	+ 1,1	+ 2,2
Öffentliche Verwaltung, Bildung, Gesundheit[2])	62,54	63,93	64,44	64,70	+ 3,9	+ 2,2	+ 0,8	+ 0,4
Sonstige Dienstleistungen[3])	8,81	8,90	8,86	8,90	+ 0,6	+ 1,1	– 0,5	+ 0,5
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche[4])	343,04	345,21	348,09	352,52	– 0,4	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,3
Bruttoinlandsprodukt	382,45	385,00	388,40	393,36	– 0,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,3

Q: WIFO, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – [1]) Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – [2]) Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – [3]) Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – [4]) Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Übersicht 5: **Technische Zerlegung der Wachstumsprognose des realen BIP**

		2024	2025	2026	2027
Wachstumsüberhang[1])	Prozentpunkte	– 0,7	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,3
Jahresverlaufsrate[2])	in %	+ 0,3	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,5
Jahreswachstumsrate	**in %**	– 0,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,3
Bereinigte Jahreswachstumsrate[3])	in %	– 0,5	+ 0,8	+ 0,8	+ 1,2
Kalendereffekt[4])	Prozentpunkte	+ 0,2	– 0,1	+ 0,0	+ 0,0

Q: WIFO. 2026 und 2027: Prognose. – [1]) Effekt der unterjährigen Dynamik im Vorjahr auf das Wachstum des Folgejahres. Jahreswachstumsrate, wenn das BIP des aktuellen Jahres auf dem Niveau des IV. Quartals des Vorjahres bleibt, saison- und kalenderbereinigt gemäß Eurostat. – [2]) Beschreibt die Konjunkturdynamik innerhalb eines Jahres. Vorjahresveränderung im IV. Quartal, saison- und kalenderbereinigt gemäß Eurostat. – [3]) Saison- und kalenderbereinigt gemäß Eurostat. Vergleichswert zur Konjunkturprognose der OeNB. – [4]) Effekt der Zahl der Arbeitstage und des Schalttages. Die Summe aus bereinigter Jahreswachstumsrate und Kalendereffekt kann vom Wert der unbereinigten Jahreswachstumsrate abweichen, da diese auch Saison- und irreguläre Effekte enthält.

Übersicht 6: **Revision der Wachstumsprognose**

BIP, real

		2026	2027
WIFO-Konjunkturprognose Juni 2026	in %	+ 0,9	+ 1,1
Datenrevision[1])	Prozentpunkte	+ 0,1	– 0,0
Prognosefehler für das II. Quartal 2026[2])	Prozentpunkte	– 0,2	– 0,1
Prognoserevision	Prozentpunkte	+ 0,0	+ 0,2
WIFO-Konjunkturprognose Oktober 2026	**in %**	**+ 0,9**	**+ 1,3**

Q: WIFO. – [1]) Revision der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) durch Statistik Austria gegenüber jenem Stand, der zur Erstellung der WIFO-Konjunkturprognose vom Juni 2026 herangezogen wurde. – [2]) Zum Zeitpunkt der Erstellung der WIFO-Konjunkturprognose vom Juni 2026 lagen für dieses Quartal noch keine Werte laut Statistik Austria vor.

4.2 Auslandsnachfrage zieht kräftig an

Nach +1,3% im Vorjahr steigen die realen Exporte 2026 um 2,3% und 2027 um 1,7%. Ausschlaggebend ist die gesteigerte Warenausfuhr (+2,4% bzw. +1,6%, laut VGR), die u. a. von der Belebung der Industriekonjunktur in Deutschland und in den ostmitteleuropäischen Nachbarländern profitiert. 2026 bleibt ihr Wachstum gleichwohl hinter dem Marktwachstum zurück, denn die in den Vorjahren aufgelaufenen Verluste an preislicher Wettbewerbsfähigkeit wirken nach. Mit den maßvollen Lohnabschlüssen beginnt sich diese Position zu verbessern: Die Lohnstückkosten in der Industrie sinken 2026 (–0,6%) und steigen 2027 nur geringfügig (+0,5%). Auch der Reiseverkehr entwickelt sich lebhaft; von Jänner bis August 2026 wurden so viele Nächtigungen ausländischer Gäste verzeichnet wie nie zuvor in diesem Zeitraum.

Die Exporte sind der wichtigste Impulsgeber der heimischen Konjunktur. Ihr Aufschwung überträgt sich nur allmählich auf die Inlandsnachfrage.

Übersicht 7: **Entwicklung der Nachfrage**

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	275,49	277,98	279,70	281,43	+ 2,0	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,6
Private Haushalte[1])	195,86	196,75	197,53	198,60	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5
Staat	79,66	81,26	82,19	82,84	+ 3,8	+ 2,0	+ 1,1	+ 0,8
Bruttoinvestitionen	86,37	90,12	89,76	92,65	– 7,8	+ 4,3	– 0,4	+ 3,2
Bruttoanlageinvestitionen	89,33	90,58	91,34	92,90	– 2,4	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,7
Ausrüstungen[2])	30,44	32,84	33,50	34,17	– 1,5	+ 7,9	+ 2,0	+ 2,0
Bauten	35,59	34,54	34,34	34,68	– 6,6	– 2,9	– 0,6	+ 1,0
Sonstige Anlagen[3])	24,10	24,37	24,78	25,40	+ 4,9	+ 1,1	+ 1,7	+ 2,5
Inländische Verwendung	362,69	367,95	369,64	374,30	– 0,6	+ 1,5	+ 0,5	+ 1,3
Exporte	226,15	229,04	234,35	238,27	– 1,9	+ 1,3	+ 2,3	+ 1,7
Reiseverkehr	14,98	15,23	15,62	15,85	+ 0,3	+ 1,7	+ 2,6	+ 1,5
Minus Importe	207,45	213,18	216,59	220,19	– 2,5	+ 2,8	+ 1,6	+ 1,7
Reiseverkehr	10,58	10,56	10,43	10,43	+ 6,4	– 0,2	– 1,2	± 0,0
Bruttoinlandsprodukt	382,45	385,00	388,40	393,36	– 0,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,3
Nominell	499,95	518,20	534,08	553,64	+ 4,2	+ 3,6	+ 3,1	+ 3,7

Q: WIFO, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – [1]) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – [2]) Einschließlich militärischer Waffensysteme. – [3]) Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Software und Datenbanken, Urheberrechte).

Die Importe steigen 2026 real um 1,6% und 2027 um 1,7%. Der Außenhandel trägt damit 2026 rechnerisch 0,4 Prozentpunkte zum Wachstum bei, 2027 wird sein Beitrag neutral ausfallen. Infolge der Verteuerung von Energie verschlechtern sich allerdings die Terms-of-Trade deutlich (2026 –1,3%, 2027 –0,3%), wodurch ein Teil des Volkseinkommens ins Ausland abfließt. Der Überschuss der Leistungsbilanz sinkt daher von 2,5% des BIP (2025) auf 2,0% (2027). Der Kaufkraftverlust schlägt sich im Realwert des BIP nieder – dem nominellen BIP, deflationiert mit dem impliziten Preisindex der inländischen Verwendung: Er nimmt 2026 nur um 0,2% und 2027 um 1,1% zu und bleibt damit um 0,7 bzw. 0,2 Prozentpunkte hinter dem realen BIP zurück. Pro Kopf sinkt er 2026 leicht (–0,1%) und steigt 2027 um 0,8%.

4.3 Inlandsnachfrage bleibt verhalten

Die Exporte sind in der kleinen offenen Volkswirtschaft Österreich der wichtigste Bestimmungsfaktor der Inlandskonjunktur. Ein Exportimpuls erhöht unmittelbar die Wertschöpfung in der Industrie und den unternehmensnahen Dienstleistungen. Über die steigende Auslastung regt er Investitionen in Ausrüstungen und Bauten an, und über höhere Gewinne stärkt er die Eigenkapitalbasis der Unternehmen, was ihnen die Finanzierung von Investitionsprojekten erleichtert. Die höhere Wertschöpfung erhöht in der Folge die Arbeitseinkommen und damit den privaten Konsum, allerdings mit Verzögerung, weshalb der Exportaufschwung des Jahres 2026 erst 2027 in einer höheren Inlandsnachfrage münden wird.

Nach dem kräftigen Anstieg im Vorjahr expandieren die Ausrüstungsinvestitionen auch in den beiden Prognosejahren. Vor allem die steigende Kapazitätsauslastung in der Sachgütererzeugung spricht für eine Ausweitung der Investitionstätigkeit, die höheren Finanzierungskosten und die nach wie vor hohe Unsicherheit wirken dagegen dämpfend. Die Bauinvestitionen sinken 2026 nur noch geringfügig (–0,6%) und werden 2027 wieder ausgeweitet (+1,0%). Die Wende bei den Wohnbaukrediten sollte verzögert auch den Wohnbau beleben, während der Tiefbau unter der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte leidet. Insgesamt nehmen die Bruttoanlageinvestitionen 2026 um 0,8% und 2027 um 1,7% zu.

Der private Konsum wächst 2026 real um lediglich 0,4% und 2027 um 0,5%. Für private Haushalte mit nicht-Ricardianischem Ausgabeverhalten ist die Reallohnentwicklung prägend. Die realen Nettolöhne pro Kopf sinken in beiden Prognosejahren. Haushalte mit

Sinkende Reallöhne und die gestiegene Unsicherheit dämpfen den privaten Konsum. Die Bauinvestitionen erholen sich erst 2027.

Ricardianischem Konsumverhalten können ihren Konsum hingegen über die Zeit mittels Anpassung ihrer Sparquote glätten und orientieren sich am ex ante realen Zinssatz sowie an der Unsicherheit über ihre künftigen Einkommen; die beiden Faktoren weisen derzeit jedoch in unterschiedliche Richtungen. Der reale Zinssatz (Dreimonatszinssatz abzüglich der erwarteten Inflation) ist 2026 noch negativ (–0,8%) und damit förderlich für den Konsum, steigt aber 2027 infolge der geldpolitischen Straffung auf 0,7%, was das Sparen attraktiver machen und den Konsum dämpfen wird. Die weiterhin hohe Unsicherheit der privaten Haushalte dürfte hingegen vor allem 2026 das Vorsichtssparen begünstigen und damit den Konsum schmälern. Die hohen Finanzierungsüberschüsse der Vorjahre stabilisieren hingegen die Konsumnachfrage. Nicht zuletzt stützt das erwartete Bevölkerungswachstum von 0,3% pro Jahr den aggregierten Konsum, unabhängig vom Ausgabeverhalten der einzelnen Haushalte. Pro Kopf stagniert der private Konsum 2026 somit annähernd.

Übersicht 8: **Konsum, Einkommen und Preise**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben[1])	+ 6,1	– 0,1	+ 1,3	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5
Dauerhafte Konsumgüter	– 2,5	– 5,0	+ 1,5	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 7,1	+ 0,4	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 3,2	– 0,4	+ 4,2	– 1,6	– 1,0	+ 0,3
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte						
Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	9,0	8,9	11,5	9,7	8,4	8,2
Ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	8,4	8,1	10,7	8,8	7,5	7,3
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Forderungen an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 5,0	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,8	+ 3,1	+ 3,3
Verbraucherpreise						
National	+ 8,6	+ 7,8	+ 2,9	+ 3,6	+ 3,3	+ 2,6
Harmonisiert	+ 8,6	+ 7,7	+ 2,9	+ 3,6	+ 3,2	+ 2,6
Kerninflation[2])	+ 5,1	+ 7,3	+ 3,9	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,5

Q: WIFO, OeNB, Statistik Austria. 2026 und 20207: Prognose. – [1]) Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – [2]) Ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.

4.4 Energiepreise treiben die Inflation, Reallöhne sinken

Der Energiepreisschub erhöht die Verbraucherpreise, während die moderaten Lohnabschlüsse die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbessern.

Die Verbraucherpreise stiegen laut Schnellschätzung von Statistik Austria im September 2026 um 3,6% gegenüber dem Vorjahr, angetrieben von den Energiepreisen (+14,5%). Die Senkung des Mehrwertsteuersatzes auf Grundnahrungsmittel im Juli sorgte dagegen für einen nur moderaten Anstieg der Preise für Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak (+1%). Die Kerninflation lag bei 3,0%, die Teuerung der Dienstleistungen bei 4,2%.

Die Vorlaufindikatoren deuten auf einen aufwärtsgerichteten Preisdruck hin: Im UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex stieg der Index der Einkaufspreise im September auf 72,1 Punkte (August 68,8 Punkte), während jener der Verkaufspreise mit 57,9 Punkten deutlich schwächer notierte. Die Preisschere öffnete sich somit wieder und ein Teil der Kostensteigerungen muss erst noch an die Abnehmer:innen weitergegeben werden. Im WIFO-Konjunkturtest lagen die Verkaufspreiserwartungen der Konsumgüterhersteller im September bei 24,4 Punkten (August 25,6 Punkte) und notierten damit rund zweieinhalbmal so hoch wie im Durchschnitt der Jahre 2015/2019 (9,6 Punkte); da die Verkaufspreise der Konsumgüterindustrie verzögert in die Verbraucherpreise eingehen, ist für die kommenden Monate mit einem anhaltend lebhaften Preisauftrieb bei industriell gefertigten Konsumgütern zu rechnen.

Im Jahresdurchschnitt 2026 erwartet das WIFO einen Anstieg der Verbraucherpreise um 3,3%, 2027 um 2,6%. Die höheren Großhandelspreise für Erdgas und Strom erreichen die privaten Haushalte über die Tarifanpassungen der Versorger mit Verzögerung. Mit der unterstellten Normalisierung der Lieferungen aus dem Persischen Golf dürften sich Mineralölprodukte 2027 wieder verbilligen. Gegenläufig wirken 2027 die Rückführung der Elektrizitätsabgabe auf den früheren Steuersatz und das Auslaufen des Basiseffektes der Mehrwertsteuersenkung ab Juli,

das die Inflation im Bereich Nahrungsmittel um 1 bis 1½ Prozentpunkte erhöhen wird. Der BIP-Deflator steigt mit 2,2% (2026) bzw. 2,4% (2027) schwächer als die Verbraucherpreise, denn er misst nur die Preisveränderung der heimischen Wertschöpfung.

Der öffentliche Bereich als Wachstumsträger – und was 2026 davon bleibt

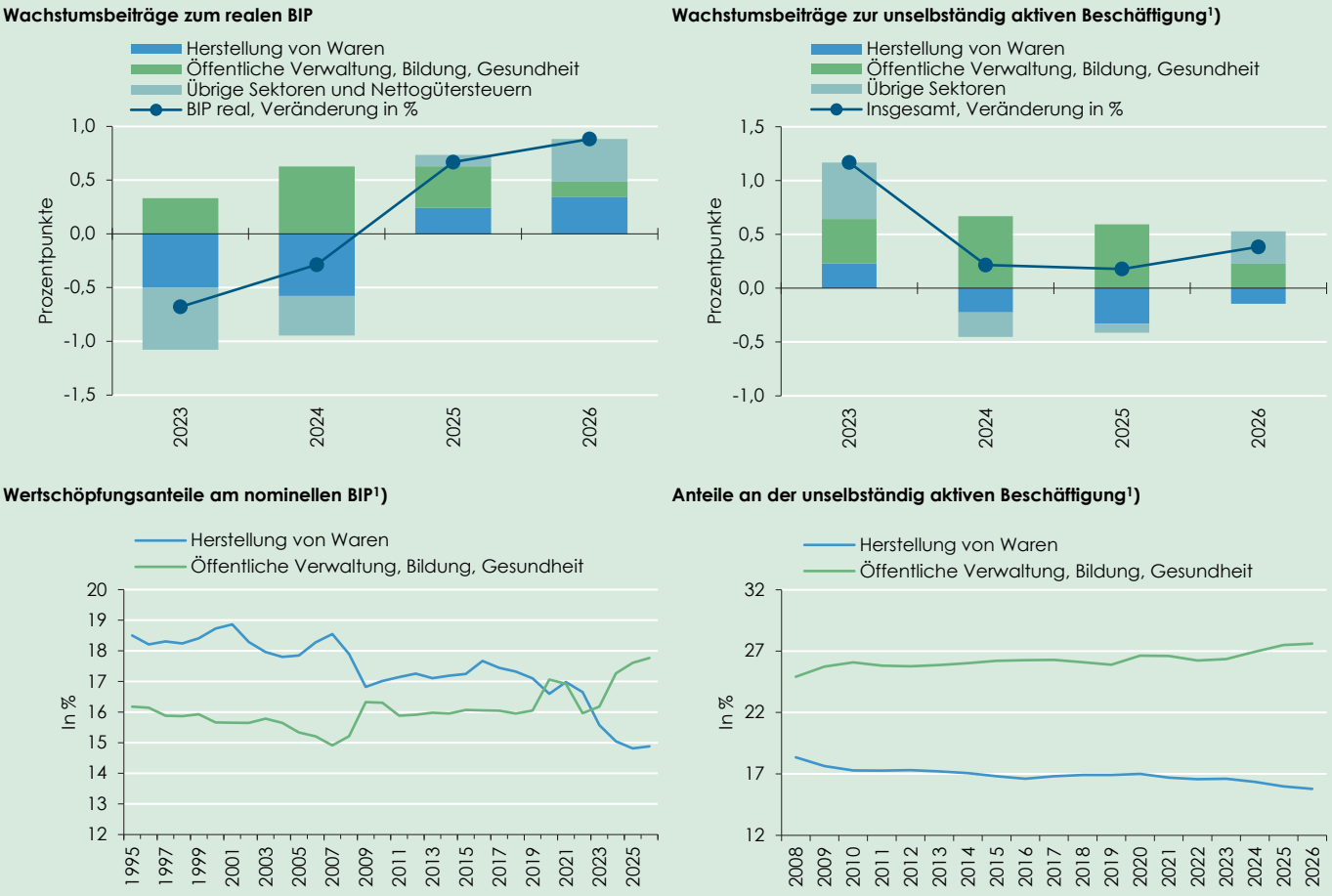
In den Jahren 2023 bis 2025 stützte im Wesentlichen ein einziger Bereich die österreichische Wirtschaft. Öffentliche Verwaltung, Bildung und Gesundheit (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q) steuerten in diesen drei Jahren kumuliert 1,3 Prozentpunkte zum realen BIP bei, das insgesamt um 0,3% schrumpfte (Abbildung 4, linke obere Grafik). 2023 verringerte der öffentliche Bereich den BIP-Rückgang um 0,3 Prozentpunkte, 2024 um 0,6 Prozentpunkte, und 2025 trug er mit 0,4 Prozentpunkten mehr als die Hälfte zum Wachstum von 0,7% bei.

Dieses Muster ist kein statistisches Artefakt, hat aber eine messtechnische Ursache: Die Produktion des öffentlichen Bereiches wird nicht auf dem Markt verkauft; die VGR bewertet sie deshalb zu ihren Kosten, im Wesentlichen über die Arbeitnehmerentgelte. Das Wachstum der Wertschöpfung entspricht daher in diesem Fall annähernd jenem der Beschäftigung: Der öffentliche Bereich erweiterte seinen Personalstand in den Jahren 2023 bis 2025 jährlich um 16.000 bis 26.000 unselbständig aktiv Beschäftigte, während die Industrie 2024 und 2025 insgesamt 21.700 Stellen abbaute (Abbildung 4, rechts oben).

Damit setzte sich eine langfristige Verschiebung der Wirtschaftsstruktur fort (linke untere Grafik): 1995 erwirtschaftete die Industrie noch 18,5% des BIP, der öffentliche Bereich 16,2%. 2020, im ersten Jahr der COVID-19-Pandemie, drehte sich das Verhältnis erstmals. Seit 2023 stellt der öffentliche Bereich einen größeren Anteil am BIP: 2025 standen seinen 17,6% 14,8% der Industrie gegenüber. Bei den Beschäftigten ist der Abstand noch größer (rechte untere Grafik): Kumuliert von Jänner bis August 2026 arbeiteten 27,6% der unselbständig aktiv Beschäftigten im öffentlichen Bereich und 15,8% in der Industrie (2008: 24,9% versus 18,3%).

2026 wird der öffentliche Bereich allerdings nur noch 0,1 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum beitragen; sein Beschäftigungsaufbau halbierte sich bis August 2026 auf 12.800 Personen (Jänner bis August 2025 +25.000). Die Rolle des Wachstumsträgers übernimmt die Industrie: Sie leistet 2026 mit 0,3 Prozentpunkten den größten Wachstumsbeitrag aller Wirtschaftsbereiche – auch deshalb erwartet das WIFO für 2026 einen soliden BIP-Zuwachs von 0,9%, obwohl der öffentliche Sektor als Stütze entfällt. Anders als in den Jahren 2023 bis 2025 entstammt das Wachstum damit wieder einem konjunkturabhängigen und, wie der Energiepreisschub 2022 zeigte, störungsanfälligen Wirtschaftsbereich.

Abbildung 4: **Wachstum, Beschäftigung und Größe des öffentlichen Bereiches**



Q: Statistik Austria, Dachverband der Sozialversicherungsträger, WIFO. – [1]) Für 2026 werden die Daten kumuliert bis August (Beschäftigung) bzw. dem II. Quartal (Wertschöpfungsanteile) dargestellt.

Übersicht 9: **Löhne, Wettbewerbsfähigkeit**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Löhne und Gehälter pro Kopf[1])						
Nominell, brutto	+ 4,9	+ 7,2	+ 7,3	+ 3,7	+ 2,4	+ 2,9
Real[2])						
Brutto	– 3,4	– 0,6	+ 4,2	+ 0,1	– 0,9	+ 0,3
Netto	– 2,7	– 0,2	+ 4,2	– 0,0	– 1,5	– 0,2
Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde[3])						
Real[2]), netto	– 2,4	– 0,1	+ 5,0	– 0,7	– 1,8	– 0,1
	In %					
Lohnquote, bereinigt[4])	61,9	62,7	64,8	65,3	65,0	65,1
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Lohnstückkosten[5]), nominell						
Gesamtwirtschaft	+ 2,1	+ 8,5	+ 7,8	+ 3,0	+ 1,3	+ 2,1
Herstellung von Waren	– 1,6	+11,7	+ 9,7	+ 0,7	– 0,6	+ 0,5
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren[6])						
Nominell	– 1,5	+ 1,9	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,4	+ 0,5
Real	– 1,8	+ 3,4	+ 0,9	+ 2,2	+ 0,7	+ 0,6

Q: WIFO, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – [1]) Beschäftigungsverhältnisse laut VGR. – [2]) Deflationiert mit dem VPI. – [3]) Laut VGR. – [4]) Arbeitnehmerentgelte in Relation zum BIP zu Faktorkosten, bereinigt um den Anteil der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen (Personen laut VGR). – [5]) Arbeitskosten in Relation zur Produktivität (Arbeitnehmerentgelte von unselbständig Beschäftigten je geleistete Arbeitsstunde im Verhältnis zum BIP bzw. zur Bruttowertschöpfung von Erwerbstätigen je geleistete Arbeitsstunde) einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – [6]) Export- und importgewichtet, real, gemessen am harmonisierten VPI.

Die Nominallöhne pro Kopf steigen 2026 um 2,4% und 2027 um 2,9% (brutto). Die Lohnabschlüsse orientieren sich zwar an der rollierenden Inflation, fielen zuletzt angesichts der schwachen Ertragslage der Industrie aber moderat aus: So werden etwa in der Metalltechnischen Industrie die Ist-Löhne ab November 2026 bei einer rollierenden Inflation von 3,3% nur um 1,9% angehoben. Die Bruttoreallöhne sinken daher 2026 um 0,9% und wachsen 2027 nur leicht um 0,3%. Gemessen an der Benya-Formel, welche die VPI-Inflation und Produktivitätsveränderungen als Orientierungsgrößen für nominelle Lohnanpassungen vorsieht, bleiben die Abschlüsse damit hinter dem Verteilungsspielraum zurück. Sie tragen jedoch zur Wiederherstellung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit bei, die in den Jahren hoher Lohnzuwächse gelitten hatte; die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten steigen 2026 nur um 1,3% und 2027 um 2,1%. Nicht unerwähnt sollte bleiben, dass Reallohnerhöhungen langfristig gesehen mitunter ein wichtiger Bestimmungsfaktor für Produktivitätszuwächse sind.

4.5 Arbeitslosigkeit erreicht 2026 ihren Höhepunkt

Die Beschäftigung wächst nur verhalten. Da das Arbeitskräfteangebot weiter steigt, nimmt die Arbeitslosigkeit 2026 nochmals zu.

Der Arbeitsmarkt reagiert verzögert auf die Konjunktur. Seit Juni 2026 liegt die saisonbereinigte Arbeitslosenquote (nationale Berechnung) mit 7,7% auf dem höchsten Niveau seit Mitte 2021; die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten stagnierte im September gegenüber dem Vormonat. Mit der Belebung der Industrie wird sich der Beschäftigungsabbau im sekundären Sektor verlangsamen und 2027 in einen leichten Aufbau übergehen. Vorlaufindikatoren signalisieren bereits eine Wende: Im WIFO-Konjunkturtest vom September hellten sich die Beschäftigungserwartungen in der Sachgütererzeugung von –10,5 auf –6,0 Punkte auf, blieben aber noch unter ihrem langjährigen Durchschnitt. Der Beschäftigungsindex des UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex lag im September mit 51,1 Punkten den zweiten Monat in Folge über der Wachstumsschwelle, die er im August erstmals seit rund 40 Monaten überschritten hatte.

Insgesamt steigt die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten 2026 um 18.000 (+0,5%) und 2027 um 28.000 (+0,7%). Der Zuwachs wird zur Gänze auf ausländische Arbeitskräfte entfallen, während die Beschäftigung von Inländer:innen infolge der demografischen Entwicklung – die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter schrumpft 2026 um 12.600 und 2027 um 18.900 Personen – weiter zurückgehen wird.

Das Arbeitskräfteangebot nimmt dennoch zu, vor allem infolge der Zuwanderung und des steigenden Frauenpensionsantrittsalters: 2026 wächst es mit +30.000 Personen stärker als die Beschäftigung, wodurch die Zahl der Arbeitslosen um 8.000 auf 325.500 steigt und die Arbeitslosenquote mit 7,6% ihren Höchstwert erreicht (Eurostat-Definition 6,0%). Dass ein Wirtschaftswachstum am oder knapp über dem Potenzialwachstum die Arbeitslosigkeit noch nicht senkt, entspricht dem für

Österreich empirisch belegten Okun'schen Zusammenhang (Schwellenwert bei rund 1,6% BIP-Wachstum). 2027 wird sich das Verhältnis umkehren: Die Beschäftigung wird kräftiger ausgeweitet als das Arbeitskräfteangebot (+23.000 Personen), und die Arbeitslosenquote sinkt auf 7,3% (Eurostat-Definition 5,7%).

Übersicht 10: **Arbeitsmarkt**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige[1])	+ 116,2	+ 47,9	+ 13,0	+ 10,0	+ 22,0	+ 32,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte[1])	+ 110,2	+ 44,8	+ 8,4	+ 6,9	+ 18,0	+ 28,0
Inländische Arbeitskräfte	+ 22,9	– 9,0	– 16,7	– 19,8	– 12,0	– 6,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 87,4	+ 53,8	+ 25,0	+ 26,8	+ 30,0	+ 34,0
Selbständige[2])	+ 6,0	+ 3,1	+ 4,6	+ 3,1	+ 4,0	+ 4,0
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15 bis 64 Jahre	+ 48,6	+ 36,9	+ 5,6	– 12,5	– 12,6	– 18,9
Erwerbspersonen[3])	+ 47,6	+ 55,6	+ 40,0	+ 29,7	+ 30,0	+ 23,0
Überhang an Arbeitskräften						
Arbeitslose (laut AMS)	– 68,6	+ 7,7	+ 27,1	+ 19,7	+ 8,0	– 9,0
Personen in Schulung	– 0,8	+ 1,0	+ 5,0	+ 1,0	– 3,0	– 1,0
			In%			
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)[4])	4,8	5,1	5,2	5,7	6,0	5,7
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	5,6	5,7	6,2	6,6	6,7	6,5
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	6,3	6,4	7,0	7,4	7,6	7,3
			Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Erwerbspersonen[3])	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5
Unselbständig aktiv Beschäftigte[1])	+ 3,0	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,7
Arbeitslose (laut AMS)	– 20,7	+ 2,9	+ 10,0	+ 6,6	+ 2,5	– 2,8
Stand in 1.000	263,1	270,8	297,9	317,5	325,5	316,5

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – [1]) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – [2]) Laut WIFO, einschließlich freier Berufe und Mithelfender. – [3]) Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – [4]) Labour Force Survey.

Übersicht 11: **Produktivität**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Gesamtwirtschaft						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 5,5	– 0,7	– 0,3	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,3
Erwerbstätige[1])	+ 2,9	+ 0,9	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,6
Produktion je Erwerbstätigen	+ 2,5	– 1,6	– 0,4	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,6
Arbeitszeit je Erwerbstätigen[2])	– 0,3	– 0,2	– 0,7	+ 0,6	+ 0,0	– 0,3
Stundenproduktivität[3])	+ 2,8	– 1,4	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,8	+ 1,0
Herstellung von Waren						
Bruttowertschöpfung, real	+ 9,4	– 3,0	– 3,7	+ 1,6	+ 2,3	+ 1,7
Erwerbstätige[1])	+ 2,3	+ 1,3	– 0,8	– 1,7	– 0,8	+ 0,5
Produktion je Erwerbstätigen	+ 7,0	– 4,3	– 2,9	+ 3,4	+ 3,1	+ 1,2
Arbeitszeit je Erwerbstätigen[2])	– 0,8	– 0,5	+ 0,5	– 0,1	+ 1,0	± 0,0
Stundenproduktivität[3])	+ 7,8	– 3,8	– 3,4	+ 3,5	+ 2,1	+ 1,2

Q: WIFO, Statistik Austria. 2026 und 2027: Prognose. – [1]) Unselbständige und Selbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – [2]) Geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – [3]) Produktion je von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden laut VGR.

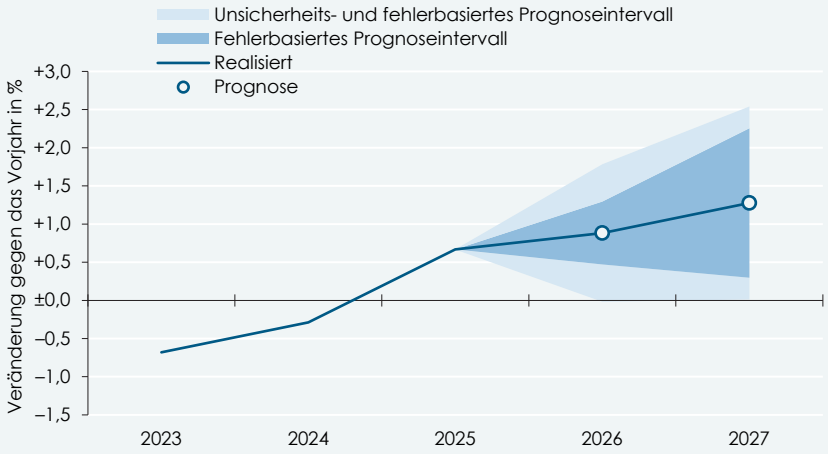
5. Das Risikoumfeld

Die hier vorgestellte Projektion beschreibt das aus heutiger Sicht unter den getroffenen Annahmen wahrscheinlichste Szenario für die Wirtschaftsentwicklung. Die tatsächliche Entwicklung kann allerdings aufgrund einer Vielzahl von Faktoren davon abweichen.

Die größten Abwärtsrisiken gehen vom Krieg im Nahen Osten aus. Die Prognose unterstellt, dass sich die Lage im Laufe des Jahres 2027 allmählich entspannt und der Rohölpreis sinkt. Die jüngsten Angriffe auf Förder-, Transport- und Raffinerieanlagen zeigen jedoch, wie anfällig das Angebot für Rückschläge bleibt; der Preis für Rohöl der Sorte Brent notierte Anfang Oktober bei rund 108 $ je Barrel und damit deutlich über dem für 2026 unterstellten Durchschnitt. Die europäischen Gasspeicher sind vor dem Winter so schwach gefüllt wie seit Jahren nicht. Ein anhaltend hohes Energiepreisniveau würde die Inflation erhöhen, die Reallöhne weiter schmälern und über die Terms-of-Trade zusätzliches Einkommen ins Ausland verlagern. Sollten sich die höheren Preise in den Lohnabschlüssen niederschlagen, drohen Zweitrundeneffekte und abermals stärkere Preisanstiege.

Ein weiteres Risiko betrifft die Erholung in der Industrie. Ein Teil der jüngsten Auftragszuwächse geht auf Vorsorgekäufe zurück, die sich in den kommenden Quartalen in einen Lagerabbau verkehren könnten. Zudem erhöhen die kräftig steigenden Exporte Chinas den Wettbewerbsdruck, und die Handelspolitik der USA bleibt schwer berechenbar. Auf der Angebotsseite belasten die nach wie vor extrem geringen Niederschläge neben der Landwirtschaft auch die Stromerzeugung aus Wasserkraft.

Abbildung 5: **Unsicherheitsintervalle für die Prognose des realen Bruttoinlandsproduktes**



Q: WIFO. Berechnet auf Grundlage früherer Prognosefehler (fehlerbasiertes Intervall) bzw. unter zusätzlicher Berücksichtigung aktueller Unsicherheit (Abschätzbarkeit der Geschäftslage in der Sachgütererzeugung gemäß WIFO-Konjunkturtest). Zur Methodik siehe Glocker, C., & Kaniovski, S. (2025). Enhancing Macroeconomic Forecasts with Uncertainty-Informed Intervals. *WIFO Working Papers*, (710). https://www.wifo.ac.at/publication/pid/62151322.

Auch die Fiskalpolitik birgt Risiken. Wenn die für 2027 angekündigten, aber noch nicht spezifizierten Konsolidierungsmaßnahmen umgesetzt werden, kann das die Inlandsnachfrage zusätzlich dämpfen. Darüber hinaus könnte eine rigidere Konsolidierung notwendig werden, wenn die Länder und Gemeinden höhere Defizite ausweisen als geplant. Die steigenden Renditen erhöhen überdies die Zinsausgaben des Staates. Auch international sind die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen zuletzt kräftig gestiegen, etwa in Frankreich und den USA. Sollte dies dort eine entschlossenere fiskalische Konsolidierung erzwingen, bliebe die Auslandsnachfrage hinter den Annahmen dieser Prognose zurück und das Wachstum der österreichischen Exporte entsprechend schwächer.

Den zahlreichen Abwärtsrisiken stehen auch Aufwärtsrisiken gegenüber. Eine rasche diplomatische Lösung im Nahen Osten würde die Energiepreise sinken lassen, die Inflation dämpfen und die Kaufkraft der privaten Haushalte stärken. Zudem könnte die Industriekonjunktur in Deutschland, gestützt durch das Investitionsprogramm, kräftiger anziehen als unterstellt. Schließlich könnten die privaten Haushalte ihre Ersparnisse rascher abbauen als angenommen, was den Konsum beleben, zugleich aber den Inflationsdruck erhöhen würde.